



Deborah Düring

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Mitglied des Deutschen Bundestages
deborah.duering@gruene-frankfurt.de

Antworten zum #WahlkreisRADar des ADFC Frankfurt a.M.

- Persönliche Prioritäten:** Was ist Ihre persönliche Verbindung zum Fahrrad und zum Radfahren?
Was ist Ihnen persönlich beim Thema Alltagsradverkehr besonders wichtig, und wie möchten Sie sich dafür einsetzen?

Ich fahre fast täglich mit dem Fahrrad und fühle mich im Straßenverkehr – besonders wenn ich die Straße mit Autos teilen muss - öfter unsicher. Daher sind sichere Radwege für mich ein großes Thema.

Position Ihrer Partei: Wie steht Ihre Partei zur Förderung des Radverkehrs, insbesondere dann, wenn es im Hinblick auf sichere Radinfrastruktur um mögliche Flächenkonflikte zwischen den Verkehrsmitteln geht?

Bitte heben Sie zentrale Punkte und Positionen aus Ihrem Wahlprogramm hervor.

Unsere Partei setzt sich klar für eine Stärkung des Radverkehrs ein und betrachtet ihn als gleichberechtigtes Verkehrsmittel. In dieser Wahlperiode haben wir als Grüne im Bund die Reform des Straßenverkehrsrechts maßgeblich vorangetrieben und durchgesetzt. Diese Reform ist ein riesiger Erfolg, da sie den Kommunen deutlich mehr Freiheit gibt, Radwege anzuordnen und durch Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen für mehr Sicherheit für verletzbare Verkehrsteilnehmer*innen zu sorgen. Insbesondere können jetzt Radwege leichter angeordnet und Quartiere einfacher verkehrlich beruhigt werden, etwa durch Einbahnstraßen oder Poller, die den Durchgangsverkehr herausfiltern.

Wir erkennen an, dass es in dicht besiedelten Städten zu Flächenkonflikten zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln kommen kann. Unser Ziel ist es, den Raum gerechter zu verteilen, ohne dass schwächere Verkehrsteilnehmer*innen benachteiligt werden. Die sogenannte „Vision Zero“ – also die Reduzierung von Verkehrstoten auf Null – bleibt für uns ein zentrales Leitbild. Das bedeutet, dass wir Verkehrsplanungen so gestalten wollen, dass die Sicherheit für alle, insbesondere für Radfahrende, deutlich erhöht wird.

2. **Bilanz der letzten Legislaturperiode:** Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs haben Sie oder Ihre Partei in der vergangenen Legislaturperiode unterstützt oder abgelehnt?

In der letzten Legislaturperiode haben wir uns dafür eingesetzt, dass Kommunen mehr Möglichkeiten bekommen, den Radverkehr zu fördern. Dazu gehört insbesondere die grundlegende Reform des Straßenverkehrsrechts, die es Kommunen erleichtert, Radverkehrsinfrastruktur auszubauen und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung anzuordnen. Die vielerorts sehr ungerechte Verteilung der Verkehrsflächen ist nicht einfach so entstanden, sondern im bisherigen Straßenverkehrsrecht begründet, das die Flüssigkeit des fließenden Verkehrs (verstanden als Autoverkehr) als oberstes Ziel definierte. Mit der Reform des Straßenverkehrsgesetzes haben wir Grüne es geschafft, dies aufzubrechen und neue gleichberechtigte Ziele wie Klima- und Umweltschutz, städtebauliche Entwicklung und Gesundheit zu verankern. Dadurch entfallen hohe Hürden für die Anordnung von Radwegen, Zebrastreifen und verkehrsberuhigenden Maßnahmen, und Kommunen erhalten mehr Spielraum für Tempo-30-Zonen.

Darüber hinaus haben wir die Finanzierung der Radverkehrsinfrastruktur bis 2030 verstetigt und diese Mittel als festen Bestandteil des Bundeshaushalts etabliert. Das schafft Planungssicherheit für Kommunen und ermutigt sie, in den Radverkehr zu investieren. Zuvor waren die finanziellen Mittel für den Radwegebau oft von Sonderprogrammen mit begrenzten Laufzeiten abhängig. Ein weiterer Erfolg war die Ablehnung strengerer Vorgaben für Fahrradanhänger in der StVZO durch unsere Fraktion.

3. **Ziele für die Zukunft:** Welche konkreten Maßnahmen und Gesetzesvorhaben möchten Sie anstoßen oder unterstützen, um den Radverkehr in Ihrem Wahlkreis und bundesweit zu fördern?

Für die Zukunft haben wir ambitionierte Pläne, um den Radverkehr weiter zu stärken. In unserem Wahlprogramm halten wir fest, dass wir die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur insgesamt auf eine sichere und langfristige Basis stellen wollen. Wir setzen uns dafür ein, den Ausbau der Radinfrastruktur bundesweit dauerhaft und verlässlich zu finanzieren. Die Radverkehrsinfrastruktur wurde in den letzten Jahrzehnten stark vernachlässigt, und Kommunen können den notwendigen Ausbau nicht alleine stemmen. Deshalb setzen wir uns für eine angemessene finanzielle Unterstützung durch den Bund ein.

Im Bereich der Verkehrssicherheit halten wir fest: „Unser Leitbild ist die Vision Zero, also eine komplette Vermeidung von Verkehrstoten.“ Wir haben in der letzten Wahlperiode deutlich mehr Spielräume bei der Anordnung von Radwegen, Fußwegen, Verkehrsberuhigung und Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen erstritten. Nun wollen wir noch einen Schritt weiter gehen und allen Kommunen die flächendeckende Anordnung von Tempo 30 ermöglichen, wovon auch der Fuß- und Radverkehr profitieren würden. Zudem setzen wir uns für mehr Möglichkeiten ein, Tempo 80 auf Landstraßen anzuordnen und eine Anpassung des Bußgeldkatalogs für schwere Verkehrsverstöße vorzunehmen.

4. **Wähler:innen einbeziehen:** Welche Rolle sehen Sie für Bürgerinitiativen und Vereine wie den ADFC bei der Gestaltung einer fahrradfreundlichen Politik?

Wir sind überzeugt, dass eine erfolgreiche Verkehrswende nur gemeinsam mit der Gesellschaft gelingen kann. Bürgerinitiativen und Vereine wie der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) spielen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung einer fahrradfreundlichen Politik. Sie liefern wertvolle Impulse aus der Praxis und setzen sich für sichere und attraktive Radwege ein.

Deshalb wollen wir den Austausch mit solchen Organisationen weiter stärken. Der Ausbau von Radwegen und Maßnahmen zur Verkehrssicherheit soll in enger Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen erfolgen. Wir sehen darin eine große Chance, die Interessen der Bürger*innen direkt in die politische Entscheidungsfindung einfließen zu lassen und gemeinsam eine nachhaltige Mobilität für alle zu gestalten.

